Abend-Ausgabe. Nr. 47 — Donnerstag, 28. Januar 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 49,7 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 5: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Zeilengeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Stalin wütet weiter

Im April dritter Theaterprozeß in Moskau

Bucharin, Putna, Rykow auf der Anklagebank

Warschau, 28. Januar.

Nach einer über Riga nach Warschau gelangten Moskauer Meldung wird im April ein dritter Theaterprozeß gegen angebliche Trotzkisten eröffnet werden. Auf der Anklagebank werden der Chefredakteur der „Iswestija", Bucharin, der bisherige Militärattaché der Sowjetbotschaft in London, Putna, der Adjutant des Marschalls Tuchatschewski, Smuty, der frühere Außenminister der Ukraine und Sowjetgesandte in Paris, Rakowski, einer der nächsten Freunde Lenins, Rykow, und eine Reihe weiterer alter Bolschewisten Platz nehmen.

Die „Deutsch-diplomatische politische Korrespondenz" befaßt sich in einer Betrachtung mit dem gegenwärtigen Prozeß. Es heißt darin, es sei bezeichnend, und zwar in mehr als einer Hinsicht, daß die jetzt in Moskau angeklagten Komissare, die beinahe 20 Jahre maßgebend waren, sich in ihren Geständnissen nun selber als Lumpen bezeichneten. Es könne bei diesem traurigen Drama fast erheiternd wirken, wenn in diesem Prozeß Deutschland als „mitverschworener Angeklagter" bezeichnet wird. Für den deutschen Nationalsozialismus sind die Bolschewisten aller Prägungen gleich. Für ihn ist es deshalb belanglos, wie der — wohl in erster Linie aus persönlichen Gründen ausgefochtene — Machtkampf der verschiedenen Richtungen ausgeht. Die ganze Vergangenheit drückt Anklägern und Angeklagten einen gemeinsamen Stempel auf, der sich nicht nur auf die Weltanschauung, sondern auch auf die Methoden erstreckt, denen ein gequältes Land fast zwei Jahrzehnte hindurch ausgesetzt ist. Zunächst den Völkern des russischen Reiches aufgezwungen, soll dieses System mit seinen Irrungen und Schrecknissen ja nunmehr auch auf Spanien ausgedehnt werden. Vor den zerstörenden und zersetzenden Wirkungen solcher „Kultur" hat Deutschland immer gewarnt. Nun sieht die Welt wieder einmal auf offener Szene jene Spielart der „Demokratie", zu deren Kreis Sowjetrußland ja von namhaften Vertretern der westlichen Demokratien so oft und so herzlich gerechnet worden ist.

Auch Lenins Witwe wird vor Gericht gestellt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 28. Januar.

Der rücksichtslose Vernichtungsfeldzug, den Stalin gegen alle Anhänger Bronstein-Trotzkis eingeleitet hat, ist jetzt auch auf die nächsten Verwandten Bronstein-Trotzkis, die noch im Gebiet der Sowjetrepublik leben, ausgedehnt worden. Unter den verhafteten Angehörigen Trotzkis befinden sich eine Tochter und eine Schwester des ehemaligen Begründers der Roten Armee. Beiden Verhafteten wird vorgeworfen, daß sie sich an einer geheimen Organisation beteiligt hätten, die sich die Aufgabe gestellt habe, Stalin zu stürzen. Der Tochter Bronstein-Trotzkis, die in Krasnojarski verhaftet wurde, wird der Vorwurf gemacht, daß sie außerdem die Arbeiter des dort befindlichen Bergwerks zur Sabotage veranlaßt hätte. Die Schwester Trotzkis war mit Kamenew verheiratet, der im ersten Trotzkistenprozeß zum Tode verurteilt und erschossen wurde.

Durch verschiedentliche Veröffentlichungen war inzwischen auch bekannt geworden, daß die Witwe Lenins sich an dem Kampf gegen Stalin beteiligt. Sie macht ihm insbesondere den Vorwurf, das politische Testament ihres Mannes nicht in dem von ihm gewünschten Sinne zu vollstrecken. Stalin hatte bisher davon abgesehen, gegen Lenins Witwe etwas zu unternehmen. Er ließ ihr nur verschiedentlich Verwarnungen zugehen. Nachdem aber offenbar diese Verwarnungen nicht den geringsten Erfolg gehabt haben, soll jetzt der Beschluß gefaßt worden sein, auch die Witwe Lenins wegen Trotzkismus vor Gericht zu stellen.

Stalins Vernichtungsfeldzug macht nicht einmal vor seinen bisherigen engsten Mitarbeitern Halt, wenn gegen diese der Verdacht erhoben worden ist, daß sie an „Konspirationen" gegen ihren Chef teilgenommen hätten. So soll jetzt auch sogar der Leiter der GPU, Jagoda, in Ungnade gefallen sein. Jagoda ist nach Meldungen, die heute englische Zeitungen wiedergeben, in den Ruhestand versetzt worden. Damit ist er aus der GPU ausgeschaltet. Stalin soll ihm insbesondere den Vorwurf machen, daß er nicht mit der notwendigen Schärfe gegen die Trotzkisten vorgegangen sei. An Stelle Jagodas soll nunmehr Jeschkow die Leitung der GPU übernehmen.

Neue Wirtschaftsepoche Berlin-Wien

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 28. Januar.

Die jetzt beendeten deutsch-österreichischen Wirtschaftsverhandlungen bilden eine weitere erfreuliche Etappe auf dem Wege des Ausbaues der deutsch-österreichischen Wirtschaftsbeziehungen. Wie im Wirtschaftsverkehr Deutschlands mit Italien, Schweden, Belgien, Holland und anderen Ländern, so sind auch im Wirtschaftsverkehr Deutschland—Oesterreich Regierungsausschüsse für die Regelung der Wirtschaftsbeziehungen eingesetzt worden, denen es obliegt, sich ergebende Zweifelsfragen zu klären, ohne daß man gleich große offizielle Verhandlungen einleiten muß. Wie sich diese Regierungsausschüsse auch im Verkehr mit anderen Ländern bewährten und als sehr nützlich erwiesen haben, so ist mit Recht anzunehmen, daß sie sich auch in den Beziehungen Deutschlands mit Oesterreich als fruchtbar erweisen werden.

Die jetzt zum Abschluß gebrachten Verhandlungen haben die materielle Ausfüllung des Rahmens gebracht, der durch die deutsch-österreichische Vereinbarung vom 11. Juli des vergangenen Jahres geschaffen worden war. Diese denkwürdige Vereinbarung, die nicht nur die politischen Spannungen zwischen den deutschen Nachbarstaaten beseitigte, leitete auch eine neue Epoche der deutsch-österreichischen Wirtschaftsbeziehungen ein, deren Ausbau damals ausdrücklich vorgesehen wurde.

Die jetzt getroffenen Vereinbarungen sehen hauptsächlich vor, daß sich der Wirtschaftsverkehr in der Weise vollzieht, daß der volle Betrag, den Oesterreich für seine Ausfuhr nach Deutschland erwirbt, ihm wieder voll zufließt. Die Verhandlungen haben festgelegt, daß Oesterreich dem Reich gegenüber, was den reinen Warenverkehr angeht, passiv bleibt, damit so der Ausgleich für den Reiseverkehr nach Oesterreich usw. geschaffen werden kann. Deutschland wird aus Oesterreich landwirtschaftliche Erzeugnisse und Holz sowie gewisse industrielle Produkte einführen, so daß auch die österreichische Industrie von den neuen Abmachungen profitiert. Aus Deutschland werden nach Oesterreich die verschiedenartigsten industriellen Waren, Halbfabrikate usw. geliefert werden. Für den Reiseverkehr konnte über den bisherigen Rahmen hinaus dadurch eine wesentliche Verbesserung geschaffen werden, daß es möglich ist, nunmehr regelmäßig Schillingbeträge zur Verfügung zu stellen. Immerhin ist es auch jetzt noch nicht so, daß der deutsch-österreichische Reiseverkehr bereits wieder in dem Maße aufgenommen werden kann, wie er in den Jahren ohne Devisenbeschränkung möglich war. Hier kann man nur hoffen, daß sich in Zukunft noch weitere Verbesserungen durchführen lassen.

Bank von Frankreich verdoppelt Diskont

Paris, 28. Januar.

Die Bank von Frankreich hat am Donnerstag ihren Diskontsatz, der ab 15. Oktober 1936 2 v. H. betrug, um 2 auf 4 v. H. heraufgesetzt. Ferner ist der Zinssatz für Vorschüsse auf Wertpapiere von 3,5 auf 5 v. H. und der Zinssatz für 30-Tage-Kredite von 2 auf 4 v. H. erhöht worden.

Kreuzer „Emden" in Nanking

Nanking, 28. Januar.

Am Donnerstag ging der Kreuzer „Emden" im Hafen von Nanking vor Anker. Zum Einlaufen des deutschen Kreuzers hatten sich fast alle in Nanking lebenden Deutschen und viele Chinesen im Hafen eingefunden. Nach den üblichen Besuchen und Gegenbesuchen wird der Kommandant der „Emden", Kapitän Lohmann, mit den Vertretern der deutschen Botschaft am Freitag einen Kranz am Mausoleum Sunyatsens niederlegen. Die Freude über das Eintreffen der „Emden" ist bei den deutschen Volksgenossen in Nanking besonders groß, weil ihnen der jetzige Besuch Gelegenheit gibt, mit den Männern der Besatzung gemeinsam die Feier des 30. Januar zu begehen.

Dr. Scheel über die studentische Neuordnung

Leistung und geistiges Niveau müssen vom Studentenführer verlangt werden

Braunschweig, 28. Januar.

In Braunschweig trafen sich am Mittwoch die Amtsleiter der Reichsstudentenführung, die Gaustudentenführer aus dem ganzen Reich und die Studentenführer des Gaues Südhannover-Braunschweig, um unter Leitung des Reichsstudentenführers Dr. Scheel ihre erste Reichsarbeitstagung durchzuführen, die im Reichsjägerhof „Hermann Göring" abgehalten wurde.

Der Reichsstudentenführer Dr. Scheel sprach in grundsätzlichen Ausführungen über die Aufgaben des studentischen Führers. Er betonte dabei, daß sämtliche Amtsleiter ausnahmslos ihr Studium mit gut und teilweise mit sehr gut beendet hätten, und ging dann auf die Vergangenheit der studentischen Entwicklung ein, die manche schwere Stunde aufzuweisen hätte. An diesen Mißgeschicken dürfe man aber nicht irgend jemandem die Schuld geben, sondern sie liege ganz allein bei den Studenten selbst. Das Ziel der Studentenführung müsse in der Einigung des deutschen Studententums liegen.

In seinen weiteren Ausführungen kam der Vortragende auf den britischen Studentenführer zu sprechen. Er müsse der Betreuer und Vertraute seiner Studentenschaft sein. Die Voraussetzung dafür sei die Leistung und das geistige Niveau, das ein Studentenführer unbedingt aufweisen müsse. Dazu gehöre auch charakterliche Fähigkeit, Einsatzbereitschaft und Opferwilligkeit. Im übrigen sollten nur solche Studenten mit Führerstellen betraut werden, die über eine gewisse Reife verfügen, zum mindesten aber bereits längere Zeit an einer Hochschule eingeschrieben sind.

Dr. Scheel ging dann auf das Verhältnis zur Hitlerjugend ein und sagte dabei, es sei unser Wille und unsere Pflicht, die Arbeit der Hitlerjugend in vorbildlicher Weise auf der Hochschule fortzusetzen. Gerade durch die Erziehung der Hitlerjugend komme heute ein ganz anderer Mensch auf die Hochschule, als es vor 1933 gewesen sei. Diesen Menschen gegenüber hätten die Hochschulen sehr hohe Verpflichtungen.

Am Vorabend wurden in der Technischen Hochschule die Mahnmale geweiht, die die Braunschweiger Studentenschaft ihren beiden ermordeten Kameraden und nationalsozialistischen Vorkämpfern Axel Schaffeld und Gustav Schulze errichtet hat. Ein Sturmkamerad der beiden Toten hielt eine Ansprache, in der er des Lebens und Sterbens dieser beiden vorbildlichen Führer und Kameraden gedachte. Ministerpräsident Klagges hielt die Weiherede und schilderte den Opfertod der beiden Studenten. Heute wisse jeder, diese jungen Kämpfer sind keine vergänglichen Menschen mehr, sondern sie sind Mahner, ewiges Vorbild für uns und die kommenden Geschlechter geworden.

Krakauer Studentenorganisation führt den Arierparagraphen ein. Eine der größten Rechtsstudentenorganisationen in Krakau hat mit 321 gegen 55 Stimmen die Einführung des Arierparagraphen beschlossen. Diese Krakauer Studentenorganisation hat sich damit als erste polnische Organisation die Grundsätze des Arierparagraphen zu eigen gemacht.

Die sudetendeutschen Splitterparteien bei Hodza

Henlein wird von Prag übergangen – Keine Neuregelung des deutsch-tschechischen Verhältnisses

Prag, 28. Januar.

Ministerpräsident Hodza empfing am 27. Januar den Minister Czech (Deutsche Sozialdemokratische Partei), den Minister Spina (Bund der Landwirte) und Dr. Luschka (Klubobmann der Deutschen Christlichsozialen Partei), die ihm eine Denkschrift über einige Wünsche der deutschen Regierungsparteien bezüglich einer Besserstellung der Lage der Sudetendeutschen, die von den genannten Parteien aber nur zum kleinsten Teil vertreten werden, überreichten. Sowohl aus den Ansprachen, die dabei von den Vertretern der deutschen Regierungsparteien gehalten wurden, als auch aus der Antwort des Ministerpräsidenten Hodza geht hervor, daß es sich keineswegs um eine grundsätzliche Neuregelung des Verhältnisses zwischen Deutschen und Tschechen innerhalb der Tschechoslowakei, etwa auf Grund von gesetzlichen Vorlagen oder gar durch eine Verfassungsänderung handelt, sondern daß lediglich gewisse Verwaltungsmaßnahmen vorgesehen sind, die sich durchaus im Rahmen der geltenden Gesetze bewegen. Die Sudetendeutsche Partei Konrad Henleins, die schon bei den Wahlen im Jahre 1935 mehr als zwei Drittel aller deutschen Wählerstimmen in der Tschechoslowakei erhielt, beharrt gegenüber den bevorstehenden Verhandlungen zwischen den deutschen Regierungsparteien und der Prager Regierung über diese Wünsche auf dem Standpunkt einer grundsätzlichen Regelung des deutsch-tschechischen Verhältnisses und nimmt an diesen Verhandlungen nicht teil.

Der Rundfunk wiederholt die Führer-Rede

Berlin, 28. Januar.

Alle deutschen Sender, mit Ausnahme des Deutschlandsenders, wiederholen die Reichstagsrede des Führers vom 30. Januar am Sonntag, dem 31. Januar, in der Zeit von 11 bis 14 Uhr.